



Antrag

der Fraktion der SPD

Schulbau in Partnerschaft mit den Kommunen gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, den Schulbau in Schleswig-Holstein in Partnerschaft mit den Kommunen zu gestalten. Dazu gehört beispielsweise, die Antragsfrist für die Mehrkosten durch die Rückkehr der Gymnasien zu G9 nicht bereits am 29.2.2024 enden zu lassen und beim Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen keine Obergrenzen festzusetzen, die nicht am Bedarf vor Ort ausgerichtet sind.

Begründung:

Nachdem die Bildungsministerin sich fünf Jahre Zeit genommen hat, die Richtlinie zu den G9-Kosten fertigzustellen, sollen die Schulträger ihre Anträge binnen weniger Wochen stellen. Das ist kein partnerschaftlicher Umgang, nachdem Schleswig-Holstein, anders als Nordrhein-Westfalen, schon davon absieht, die Kosten gutachterlich feststellen zu lassen und dann auf gesetzlicher Grundlage zu begleichen.

Das Recht auf Ganztags in der Grundschule, fünf Tage in der Woche, acht Stunden am Tag, wird die Schulen verändern. Das wird auch die Räumlichkeiten betreffen müssen. Nach anfänglich großzügigen Zusagen im Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden hat die Landesregierung zuletzt nachträglich Einschränkungen formuliert. Das ist kein partnerschaftlicher Umgang mit den Schulträgern.

Martin Habersaat
und Fraktion